16. Juli 2020
#8 / 2020

Ausgabe für die
Metall- und Elektro-Industrie

iwd

ISSN 0344-919X | *Informationen aus dem Institut der deutschen Wirtschaft* | G 11587

Im Sog der Krise

Berufsausbildung. In der dualen Berufsausbildung halten sich momentan beide Seiten zurück: Die Unternehmen bieten weniger Ausbildungsplätze an und auch viele Schulabsolventen sind unsicher, ob jetzt gerade der richtige Zeitpunkt ist, eine Lehre zu beginnen. Für Achim Dercks ist die Sache jedoch klar: Auch nach Corona müsse man mit einem wachsenden Fachkräftemangel rechnen, sagt der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des DIHK im Interview – und rät beiden Seiten zur Ausbildung auch in Pandemiezeiten.

→ *Seiten 2–5*

Metall- und Elektro-Industrie
Die Corona-Krise trifft die M+E-Industrie hart. Dennoch wollen zwei Drittel der Unternehmen die Zahl der Ausbildungsplätze im kommenden Jahr konstant halten.

→ *Seite 6–7*

Außenhandel
Die weltweiten Konjunktureinbrüche haben der exportstarken deutschen Wirtschaft schwer geschadet. Und auch langfristig sind die Prognosen nur mäßig.

→ *Seiten 8–9*

Weitere Themen +++ Europäische Union +++ Russland +++ Corona +++
Top-Liste: Alleinlebende Seniorinnen +++ Neu auf iwd.de: Mehrwertsteuersenkung

Ein Schutzschirm für Azubis

Berufsausbildung. *Die Corona-Pandemie setzt auch den Ausbildungsmarkt unter Druck. Nicht nur Unternehmen halten sich mit ihrem Angebot an Ausbildungsplätzen zurück, auch viele Jugendliche zögern, in diesem Jahr eine Berufsausbildung zu beginnen. All dies verschärft den Fachkräftemangel.*

Die Corona-Krise stellt zahlreiche Unternehmen vor große Herausforderungen: Zwar können die meisten Betriebe in Deutschland bislang Entlassungen weitestgehend vermeiden – seit März 2020 waren lediglich 82.700 Zugänge in Arbeitslosigkeit aus Beschäftigung zu verzeichnen. Doch die Zahl der Anzeigen von Kurzarbeit hat im April mit mehr als zehn Millionen Personen ein Rekordhoch erreicht. Im Vordergrund steht derzeit, möglichst viele Beschäftigte zu halten, um nach der Krise wieder durchstarten zu können.

Das stark gesunkene Arbeitsvolumen und der zunehmende Kostendruck führen dazu, dass viele Unternehmen momentan auf Neueinstellungen verzichten. So gab es im März 2020 rund 115.000 weniger offene Stellen als im Vorjahr. Diese Zurückhaltung schlägt sich auch auf dem Ausbildungsmarkt nieder, denn es werden aktuell deutlich weniger Plätze als in den vergangenen Jahren neu besetzt (Grafik Seite 3):

Von Oktober 2019 bis Ende Mai 2020 wurden bei der Bundesagentur für Arbeit insgesamt gut 46.000 betriebliche Ausbildungsstellen weniger gemeldet als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Das entspricht einem Minus von rund 9 Prozent. Ursache für diesen rapiden Rückgang der Ausbildungsplatzzahl ist, dass viele Betriebe vorübergehend vollständig schließen mussten – beispielsweise im Einzelhandel, in der Gastronomie oder im Automobilbau. Und wer nicht von Schließungen betroffen war, musste häufig seine Geschäftstätigkeit kurzfristig auf die Arbeit im Homeoffice umstellen oder massive Auftragseinbrüche verkraften.

Weil niemand weiß, wie lange die Krise noch andauert und wie umfangreich die Auswirkungen sein werden, sind zahlreiche Unternehmen verunsichert und halten sich mit der Neueinstellung von Auszubildenden zurück. Auch die Jugendlichen selbst zaudern. Viele von ihnen überlegen, wegen der Pandemie ihren Ausbildungsstart um ein oder zwei Jahre zu verschieben. So ist auch die Nachfrage am Ausbildungsmarkt zurückgegangen:

Die Zahl der gemeldeten Bewerber ist in diesem Beratungsjahr bislang um rund 39.000 gesunken.

Ähnlich wie schon in früheren Krisenjahren schauen sich Jugendliche nach Alternativen zu einer dualen Ausbildung um. Viele entscheiden sich momentan lieber für ein Studium.

Unternehmen müssen also zum einen neue Wege gehen, um Bewerber zu finden. Zum anderen müssen sie ihre Ausbildung aktuell umstellen. Denn Instrumente wie Kurzarbeit und flexible Homeoffice-Regelungen lassen sich nicht eins zu eins auf die Ausbildung übertragen. Homeoffice ist für Auszubildende nicht vorgesehen. Zudem stellt die Ausbildung im Homeoffice eine anspruchsvolle Betreuungsaufgabe dar, die neben der erforderlichen technischen Ausstattung auch flexible Wege bei der Qualifizierung erfordert.

Vielen Unternehmen, die in den vergangenen Wochen Mitarbeiter in Kurzarbeit geschickt haben, blieb keine andere Wahl, als dies auch für Auszubildende zu organi-

sieren. Kurzarbeit ist für den betrieblichen Nachwuchs allerdings nur dann möglich, wenn es keine andere Möglichkeit gibt. Unternehmen sind verpflichtet, alle Handlungsspielräume auszuschöpfen, bevor sie auch für Auszubildende Kurzarbeit beantragen können.

Zudem haben Auszubildende – auch bei Kurzarbeit – zunächst einen sechswöchigen Anspruch auf Fortzahlung der Ausbildungsvergütung. Dieser besondere Schutz ist ein wichtiges Signal an junge Erwachsene, die über eine Ausbildung nachdenken. Ihnen wird dadurch garantiert, dass alles getan wird, damit sie ihre Ausbildung erfolgreich beenden können.

Wie aber kann das in Pandemiezeiten gelingen? Anders als bereits fertig ausgebildete Fachkräfte benötigen Azubis Unterstützung, um ihren Arbeitstag zu strukturieren. Hinzu kommt, dass auch im Homeoffice die vorgeschriebenen Ausbildungsinhalte vermittelt werden müssen. Hierfür sind digitale Lernformate hilfreich – auch über die akute Krise hinaus.

Außerdem haben Unternehmen die Möglichkeit, die Reihenfolge der Ausbildungsinhalte anzupassen. So lassen sich theoretische Inhalte leichter von Bildschirm zu Bildschirm vermitteln als praktische Kenntnisse. Doch auch Letzteres ist mit passenden digitalen Angeboten grundsätzlich möglich – sei es mithilfe von Bildern, Videos, 3-D-Modellen, Virtual- oder Augmented-Reality-Anwendungen. Sogar für die Prüfungsvorbereitungen gibt es zahlreiche digitale Angebote. Das ist vor allem für Berufsschulen interessant, von denen viele nicht hinreichend auf digitales Lernen vorbereitet waren.

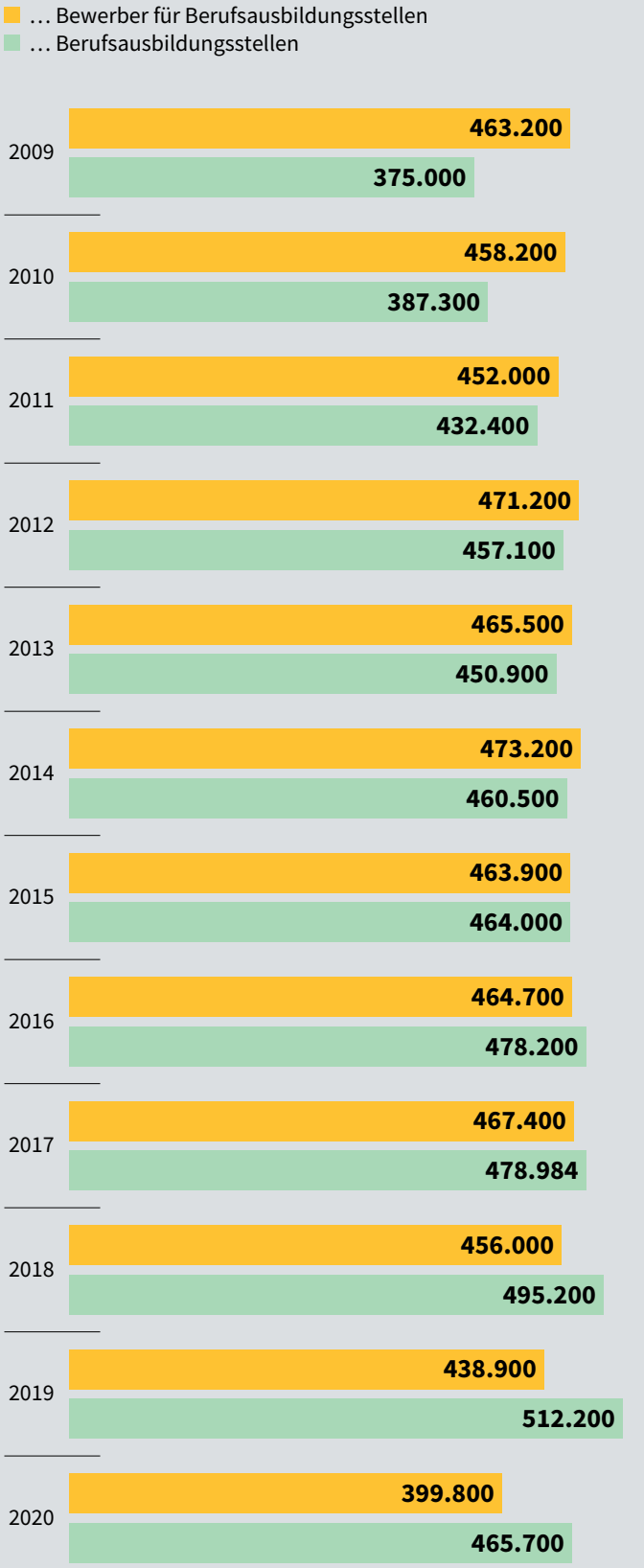
In der Krise zeigt sich zwar, dass es einen großen Anstieg bei digitalen Weiterbildungsaktivitäten gab. Allerdings wünschen sich viele Unternehmen mehr Informationen zu E-Learning-Angeboten sowie Erfahrungsberichte aus der Praxis. Den Unternehmen hilft es, wenn sie sehen, wie digitales Lernen in anderen Betrieben funktioniert. Das IW hat daher entsprechende Informationen auf der Homepage des Kompetenzzentrums Fachkräftesicherung (kofa.de) bereitgestellt.

Welche Auswirkungen die Corona-Pandemie auf den Ausbildungsmarkt in Deutschland letzten Endes haben wird, hängt auch davon ab, wie stark die Wirtschaft in diesem Jahr einbricht. Die aktuellen Prognosen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) sind alles andere als ermutigend (Grafik Seite 4):

In diesem Jahr werden voraussichtlich weniger als 500.000 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen werden.

Ausbildungsmarkt 2020: Weniger Stellen und weniger Bewerber

Gemeldete … jeweils zwischen Oktober des Vorjahres und Mai



Quelle: Bundesagentur für Arbeit
© 2020 IW Medien / iwd

Fortsetzung

Das wären rund 25.000 weniger als im Vorjahr und damit deutlich zu wenig, um die Fachkräftebasis langfristig zu sichern. Denn die derzeitigen Jahrgänge der Schulabsolventen sind etwa doppelt so stark wie die nachrückende Azubi-Generation. Sollte die Wirtschaftsleistung in Deutschland gar um 7 oder mehr Prozent schrumpfen, könnten es sogar weniger als 460.000 Neuabschlüsse werden.

Für viele Unternehmen ist die aktuelle Situation aber auch deshalb ein ernsthaftes Ausbildungshemmnis, weil sie die Qualifizierung des Nachwuchses finanziell nicht mehr stemmen können. So zeigt eine BIBB-Erhebung, dass insbesondere das erste Ausbildungsjahr kostenintensiv ist. Bei dreijährigen Ausbildungsberufen liegen die Nettokosten der Betriebe im ersten Ausbildungsjahr bei 8.600 Euro, im dritten Ausbildungsjahr dagegen nur noch bei 2.200 Euro.

Derzeit dürfte aber entscheidend sein, dass ein Azubi im Schnitt jährlich 20.855 Euro an Bruttokosten verursacht, die zunächst zu finanzieren sind.

Denn ob Auszubildende in der Krise in der Produktion oder bei der Erstellung von Dienstleistungen überhaupt Erträge erwirtschaften können, ist in vielen Unternehmen ungewiss.

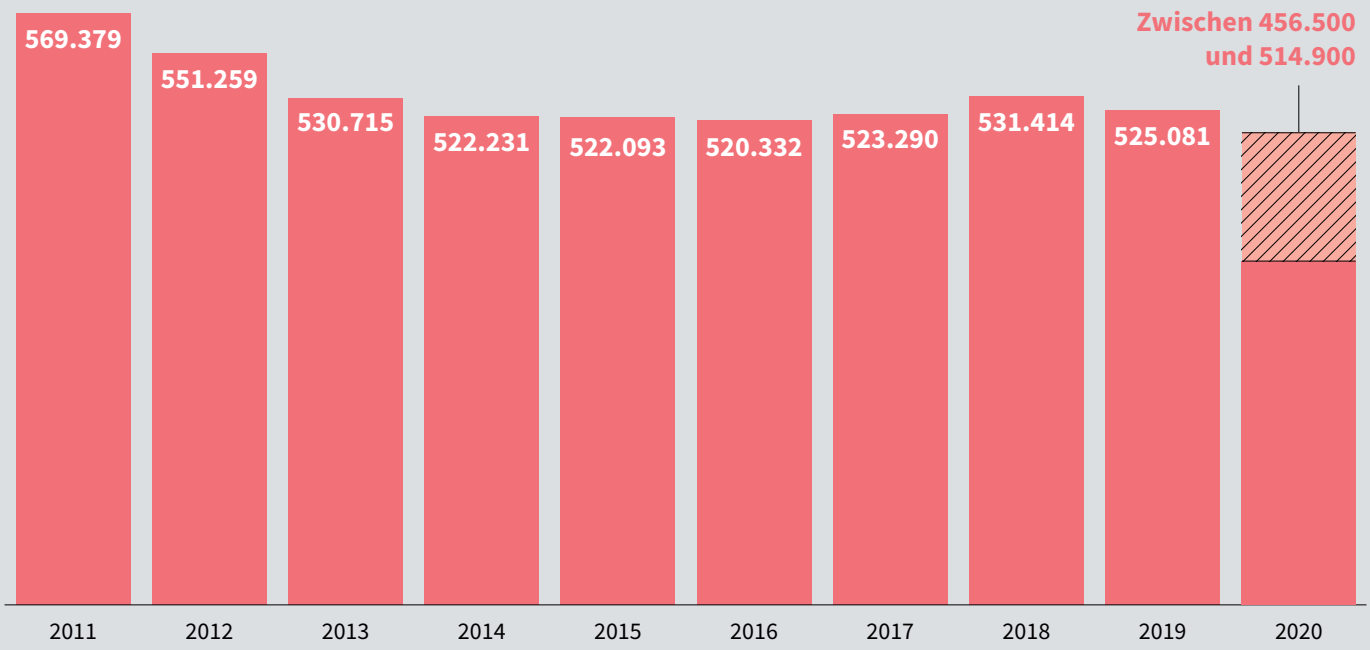
Um Betriebe bei der Ausbildung zu unterstützen und Jugendlichen bei der Ausbildungssuche zu helfen, plant die Bundesregierung derzeit einen „Schutzschirm für Lehrstellen“:

Eine Ausbildungsprämie soll die berufliche Zukunft der Jugendlichen sichern und einen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten.

Kleine und mittlere Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitern sollen 2.000 Euro Zuschuss je Auszubildenden erhalten, wenn sie „in erheblichem Umfang“ von der Krise betroffen sind und dennoch ihre Ausbildungsaktivitäten aufrechterhalten. Erhöhen sie die Zahl ihrer Auszubildenden sogar, gibt es 3.000 Euro. Ob das eine nennenswerte Wirkung hat oder vielmehr umfangreiche Mitnahmeeffekte auslöst, muss sich erst zeigen. Zielgenauer dürfte die Maßnahme sein, Betriebe mit einer Übernahmeprämie von 3.000 Euro zu fördern, die Azubis aus insolventen Firmen übernehmen. Das wurde kürzlich in der Allianz für Aus- und Weiterbildung verabredet und inzwischen auch vom Bundeskabinett beschlossen.

Deutlicher Rückgang bei den Ausbildungsverträgen erwartet

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge



2020: Prognose
jeweils zum 30. September

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

„Fachkräfte werden händeringend gesucht werden“

Foto: IW Medien

Interview. *Ist es klug, jetzt eine duale Berufsausbildung zu beginnen? Ja, solange das ausbildende Unternehmen nicht in wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckt, sagt* ***Achim Dercks,*** *stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertags.*

Wie geht es den 1,3 Millionen Azubis? Wie viele sind aktuell in Kurzarbeit?

Zur Kurzarbeit von Auszubildenden gibt es keine gesonderte Statistik. Zumindest den Azubis der Abschlussjahrgänge geht es insoweit gut, dass sie gerade ihre Prüfungen machen konnten – das war ja lange Zeit Corona-bedingt nicht klar, ob das klappt. Wir konnten erst im Frühjahr wieder mit den Prüfungen anfangen. Es bkommen somit alle Azubis, die bestehen, demnächst ihr Zeugnis. Damit können sie dann in ihr Berufsleben als ausgebildete Fachkraft starten.

Ansonsten gilt insgesamt, dass viele Unternehmen kreativ waren, um die Ausbildung auch unter den erschwerten Bedingungen von Corona fortzusetzen, etwa im Homeoffice, wo dann auch die Azubis saßen. In manchen Hotel- und Gastronomiebetrieben haben die Auszubildenden beispielsweise mitgeholfen, den Re-Start nach dem Lockdown vorzubereiten. Dabei haben die jungen Leute automatisch eine Menge über den Arbeits- und Gesundheitsschutz gelernt, das ist ja auch ein wichtiger Teil der Berufsausbildung.

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks geht davon aus, dass sich jeder vierte Betrieb im kommenden Jahr aus der Ausbildung zurückziehen wird. Wie sieht es bei den IHK-Unternehmen aus?

Wir schätzen, dass es zu einem Rückgang im zweistelligen Bereich bei den IHK-Berufen kommen wird. Das ist zum Teil Corona-bedingt, zum Teil kommen hier aber auch Effekte zum Tragen, die schon vor Corona eingetreten sind. Die Automobilindustrie und ihre Zulieferer etwa gerieten schon im vergangenen Jahr in eine wirtschaftlich schwierige Situation. Insgesamt erklären diese Faktoren, warum wir in diesem Jahr einige Herausforderungen am Ausbildungsmarkt zu bewältigen haben.

Würden Sie Ihrem Sohn jetzt raten, eine Mechatronikerlehre zu machen?

Wenn er den Wunsch hat, in diese Richtung zu gehen: ja. Wobei ich ihm natürlich raten würde, eine Ausbildung bei einem Unternehmen zu machen, das gute Perspektiven bietet. Auch in der Zeit nach Corona ist es ja so, dass wir einen wachsenden Fachkräftemangel bei den beruflich Qualifizierten haben werden. Und dann werden auch wieder Mechatroniker – oder in der nächsten Stufe Industriemeister – dringend gebraucht. Im Jahr 2025 werden 500.000 Menschen mehr in Rente gehen, als von den Schulen kommen – wir wissen, dass dann Fachkräfte händeringend gesucht werden.

Die Bundesregierung zahlt Corona-geschädigten Unternehmen mit maximal 249 Beschäftigten, die weiterhin ausbilden, zwischen 2.000 und 3.000 Euro Ausbildungsprämie je Azubi. Auch die monatliche Ausbildungsvergütung wird nötigenfalls zu 75 Prozent übernommen. Reicht das an Unterstützung?

Das ist auf jeden Fall ein wichtiges Signal an die Unternehmen, weiter in die Ausbildung zu investieren. Dass allerdings nur kleine und mittlere Unternehmen diese Förderung bekommen, führt natürlich bei größeren Betrieben zu Kritik. Denn wie stark ein Unternehmen durch die Corona-Pandemie wirtschaftlich getroffen wird, hat ja nichts mit der Größe des Betriebs zu tun, sondern eher mit der Branche. Die Möglichkeit der Kurzarbeit gibt es schließlich auch für alle Unternehmen. Da andererseits der Großteil der Ausbildungsbetriebe weniger als 250 Mitarbeiter beschäftigt, werden die Maßnahmen gleichwohl einen positiven Effekt auf den Ausbildungsmarkt haben.

Nachwuchsförderung trotz Krise

Metall- und Elektro-Industrie. *Die Corona-Krise hat die deutsche M+E-Industrie fest im Griff. Die meisten Betriebe sind in ihrer Produktion eingeschränkt, viele müssen ihre Beschäftigten in Kurzarbeit schicken. Dennoch wollen zwei Drittel der Unternehmen am Umfang ihrer Ausbildung für das neue Ausbildungsjahr festhalten.*

Auch wenn das Infektionsgeschehen in Europa zuletzt rückläufig war, führt die Corona-Pandemie in der Industrie weiter zu massiven Problemen. In der Metall- und Elektro-Industrie können immer noch fast 90 Prozent der Unternehmen nicht komplett störungsfrei produzieren, wie eine Befragung des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall unter seinen Mitgliedern Mitte Juni zeigt:

In 46 Prozent der M+E-Betriebe ist die Produktion weiterhin stark oder sehr stark eingeschränkt.

Besonders betroffen ist die Automobilindustrie, wo knapp drei Viertel der Unternehmen noch große Schwierigkeiten haben, die Produktion wieder hochzufahren. Insgesamt liegt die Auslastung der Produktionsanlagen in der M+E-Industrie mit 66 Prozent nach wie vor unter dem Wert zur Zeit der Finanzkrise 2009.

Dass sich an der Situation schnell etwas ändert, glauben die wenigsten M+E-Unternehmen. Nur ein Fünftel erwartet, bis Ende 2020 in der Produktion den Stand von vor der Corona-Krise zu erreichen. Fast die Hälfte mag sogar keine Prognose aufgrund der unsicheren Lage abgeben.

Die M+E-Unternehmen trifft vor allem der Rückgang der Nachfrage hart. Am stärksten spüren die Betriebe dies im Inland: 75 Prozent berichten von deutlich gesunkenen Absatzzahlen in Deutschland. Ebenfalls schwierig gestalten sich die Geschäfte für die M+E-Industrie derzeit in Westeuropa.

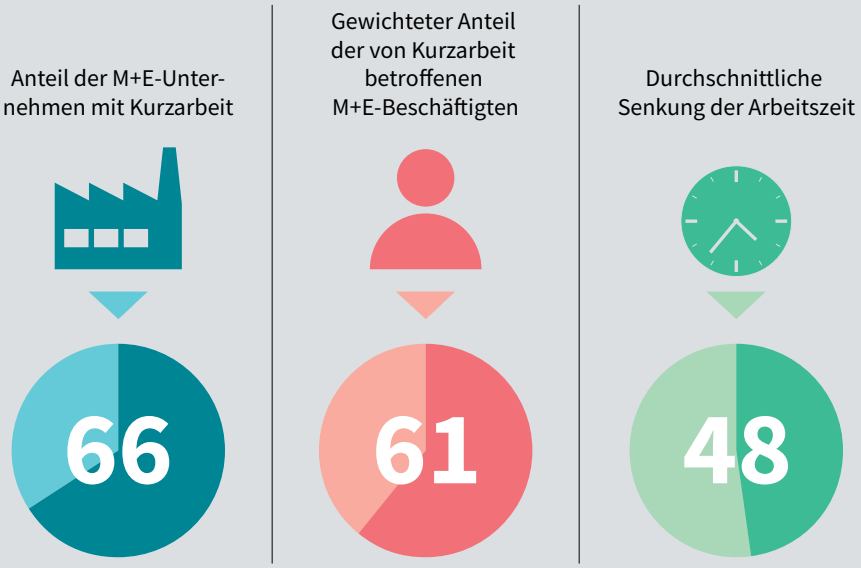
All das führt dazu, dass viele Betriebe nicht genügend Arbeit für ihre Beschäftigten haben und entsprechend kurzfristig andere Wege gehen müssen (Grafik):

Zwei Drittel der M+E-Unternehmen in Deutschland nutzen aktuell Kurzarbeit, weitere 9 Prozent planen dies.

Betroffen sind in diesen Betrieben gut 60 Prozent der Beschäftigten. Im

M+E-Industrie: Kurzarbeit bleibt Mittel der Wahl

in Prozent



Befragung von 1.376 M+E-Unternehmen vom 15. bis 19. Juni 2020

Quelle: Gesamtmetall
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Durchschnitt arbeiten sie knapp 50 Prozent weniger als vertraglich festgelegt.

Durch die Kurzarbeit konnten viele Unternehmen ihre Mitarbeiter auch in der Krise weiterbeschäftigen. Die Zahl der Personen, die aus einer Beschäftigung heraus arbeitslos wurden, war im Juni 2020 fast so niedrig wie im Vorjahresmonat. Auch mit Blick auf die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in anderen Industriestaaten erweist sich das Instrument als sinnvoll und zielführend. Dennoch werden viele Unternehmen, je länger die Krise dauert, nicht um einen Personalabbau herumkommen. Bereits heute gehen 40 Prozent der M+E-Betriebe davon aus, die Zahl der Beschäftigten in den kommenden drei Monaten verringern zu müssen, nur 6 Prozent wollen Personal aufbauen.

Auch wenn die Gesamtsituation schwierig ist, legen die M+E-Unternehmen weiter ein starkes Augenmerk auf die betriebliche Ausbildung. So hat sich die Corona-Krise in 92 Prozent der Unternehmen nicht auf bestehende Ausbildungsverhältnisse ausgewirkt. Nur in 3 Prozent der Betriebe mussten die Azubis in Kurzarbeit und lediglich 2 Prozent der Unternehmen haben Ausbildungsverhältnisse vorzeitig beendet.

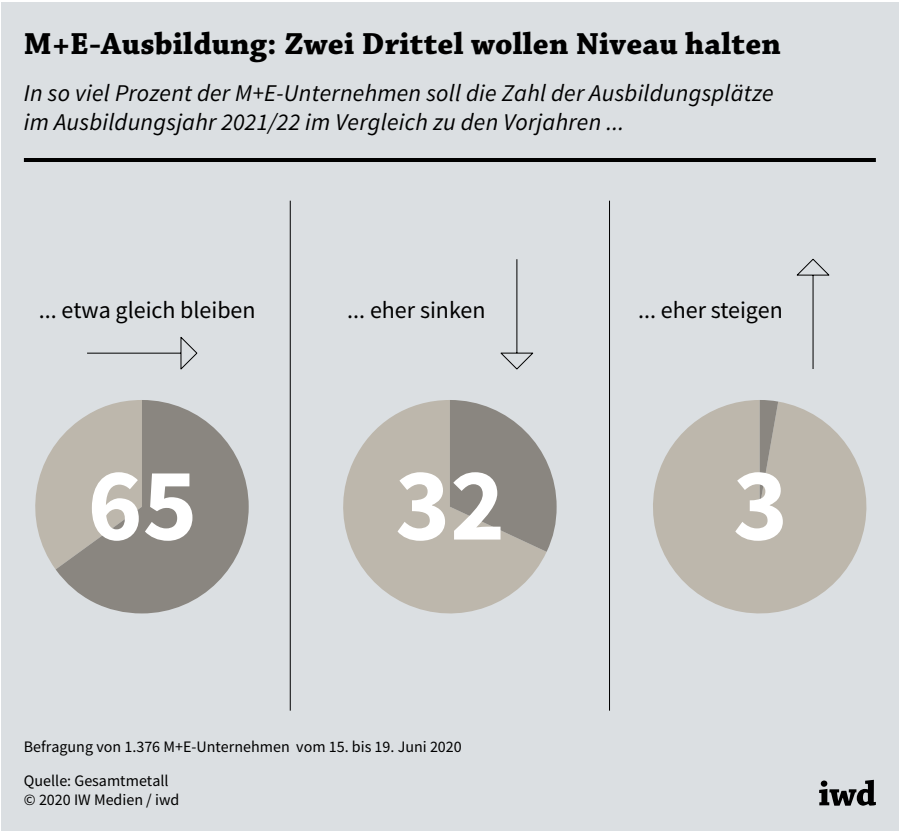
Die Übernahme der Azubis ist zwar noch nicht überall gesichert. Doch immerhin 43 Prozent der befragten Unternehmen wollen in diesem Jahr alle fertig Ausgebildeten weiter beschäftigten, 26 Prozent übernehmen zumindest einen Teil der Azubis.

In knapp einem Viertel der Unternehmen ist noch nicht entschieden, wie es mit den Ausbildungsabsolventen weitergeht. Maßgeblich dafür wird die wirtschaftliche Entwicklung in den kommenden Wochen sein. Sollten sich die Aussichten für die M+E-Industrie verbessern, werden wahrscheinlich weitere Betriebe ihre Azubis übernehmen – schließlich gibt es noch immer in zahlreichen Berufen einen Fachkräftemangel.

Entsprechend wollen viele Unternehmen trotz der ungewissen Zukunft weiter ausbilden (Grafik):

65 Prozent der M+E-Betriebe werden für das Ausbildungsjahr 2021/22 genauso viele Ausbildungsplätze anbieten wie in den Jahren zuvor.

Weitere 3 Prozent wollen ihr Angebot sogar ausbauen. Ein Drittel der Betriebe muss die Zahl der Azubistellen dagegen voraussichtlich zurückfahren.



Trübe Aussichten

Außenhandel. *Die Corona-Krise hat weltweit zu Konjunktureinbrüchen geführt. Die exportorientierte deutsche Wirtschaft musste in der Folge einen starken Rückgang der internationalen Nachfrage verkraften. Auch wenn sich hierzulande aktuell eine leichte Entspannung abzeichnet – langfristig sehen die Prognosen mäßig aus.*

Die deutsche Wirtschaft ist so intensiv in internationale Märkte und Wertschöpfungsketten eingebunden wie nur wenige andere Volkswirtschaften auf der Welt. Dementsprechend wirken sich Corona-bedingte wirtschaftliche Einschränkungen in anderen Ländern stark auf die deutsche Wirtschaft aus – vor allem auf die Industrie.

In der ersten Junihälfte 2020 waren laut IW-Konjunkturumfrage 65 Prozent der Industrieunternehmen in ihrer Produktion durch Engpässe in den Lieferketten eingeschränkt.

Zusätzlich gestaltet sich auch das Exportgeschäft schwierig, da die Corona-Krise sowohl zu einem Angebots- als auch zu einem Nachfrageeinbruch geführt hat.

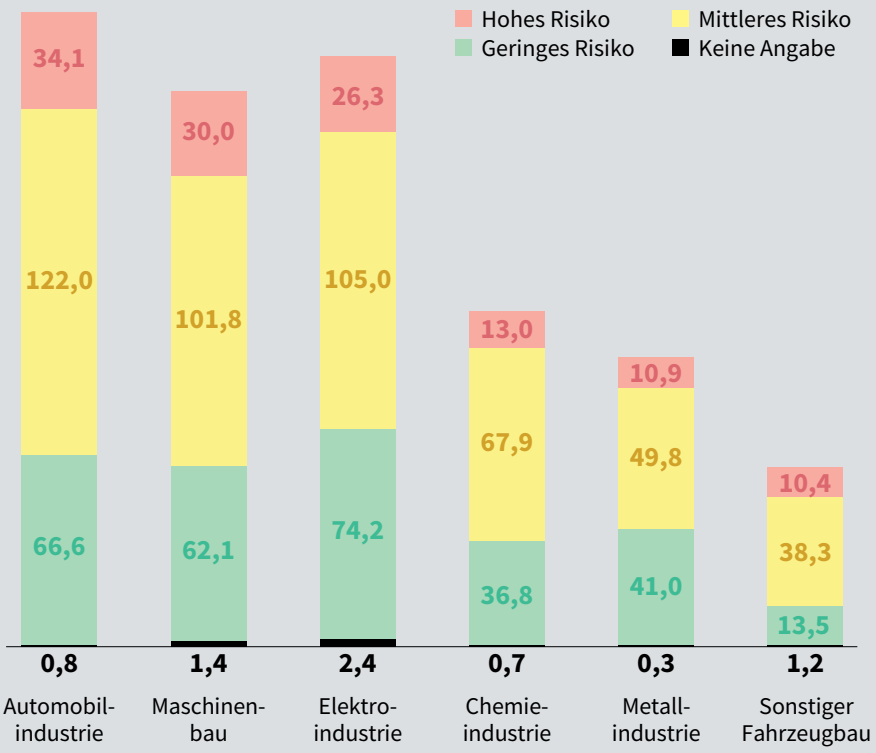
Um das Ausmaß zu überblicken, hat das Institut der deutschen Wirtschaft die Corona-Risiken in industriellen Exportmärkten untersucht. In der Analyse wurden sieben Wirtschaftszweige betrachtet, die zusammen rund 82 Prozent der industriellen Exporte Deutschlands auf sich vereinen.

Die Risikoeinordnung wurde für mehr als 160 Länder vorgenommen und bezieht sich auf den Zeitraum vom 2. bis zum 16. Juni 2020. Dabei besteht nach Definition der Forscher in jenen Ländern, in denen es einen Anstieg der aktiven Corona-Fälle um 10 Prozent innerhalb einer 14-Tages-Periode gab und gleichzeitig mindestens 0,1 Prozent der Bevölkerung akut mit dem Coronavirus infiziert sind, ein hohes Risiko. Trifft nur eines der beiden Kriterien zu, liegt ein mittleres Risiko vor.

Auf der Basis der Exporte des Jahres 2019 gehen aus Deutschland

Außenhandel: Große Probleme durch Corona

Deutsche Exporte im Wert von so vielen Milliarden Euro gingen im Jahr 2019 in Länder, die in der ersten Juni-Hälfte 2020 durch die Corona-Pandemie dieses Risiko hatten



Hohes Risiko: Anstieg der aktiven Corona-Fälle innerhalb einer 14-Tages-Periode um 10 Prozent und gleichzeitig mindestens 0,1 Prozent der Bevölkerung akut mit dem Coronavirus infiziert
Mittleres Risiko: Einer der beiden Risikofaktoren trifft zu
Geringes Risiko: Keiner der Risikofaktoren trifft zu

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

Waren im Wert von gut 160 Milliarden Euro in Länder, die derzeit ein hohes Infektionsgeschehen haben. In besonderem Maße sind davon die wichtigsten Branchen der Metall- und Elektro-Industrie betroffen (Grafik Seite 8):

Die Exporte der Automobilindustrie, des Maschinenbaus und der Elektroindustrie in Länder mit derzeit hohem Corona-Risiko beliefen sich im Jahr 2019 auf gut 90 Milliarden Euro.

Um die möglichen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf ausgewählte Industriebranchen bewerten zu können, reicht der Blick auf die derzeitige Lage allein allerdings nicht aus. Wichtig sind auch die Wachstumsaussichten in den einzelnen Exportländern.

Dabei gilt: Je stärker der wirtschaftliche Einbruch infolge der Corona-Pandemie in den Zielländern ist, desto schwieriger wird es, das Niveau der deutschen Exporte aufrechtzuerhalten, weil die Auslandsnachfrage einbricht.

Die Aussichten für die deutschen Unternehmen sind unter diesem Gesichtspunkt nicht gut (Grafik):

Rund 52 Prozent der Industrieexporte im Jahr 2019 gingen in Länder, deren Wirtschaftsleistung 2020 voraussichtlich um mehr als 6 Prozent einbrechen wird.

In der Metallindustrie ist der Anteil mit gut 57 Prozent am höchsten, der sonstige Fahrzeugbau schneidet mit 46 Prozent vergleichsweise gut ab. Er hat auch mit knapp 16 Prozent den höchsten Anteil an Ausfuhren in Länder, in denen die Wirtschaft im Jahr 2020 wachsen dürfte. Das liegt vor allem daran, dass China, Indien und Vietnam wichtige Exportziele des sonstigen Fahrzeugbaus sind.

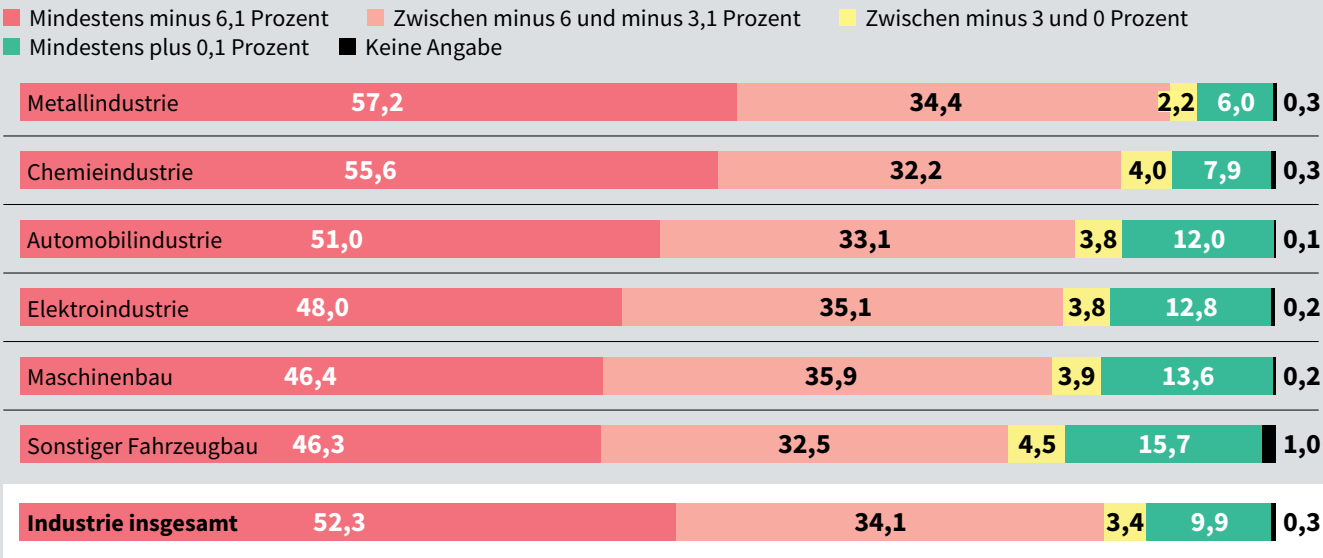
Umgerechnet auf das Exportvolumen drohen der Autoindustrie die größten Einbußen. Ihr Umsatz in den stark schrumpfenden Volkswirtschaften lag 2019 weltweit bei 114 Milliarden Euro. Die Elektroindustrie mit fast 100 Milliarden Euro und der Maschinenbau mit knapp 90 Milliarden Euro verzeichnen ebenfalls hohe Verkaufszahlen in Ländern mit sinkender Wirtschaftsleistung.

Festzuhalten bleibt: Die Corona-Krise hat die meisten Länder der Welt schwer getroffen, was die Perspektiven für die deutschen Exporteure in allen Branchen deutlich verschlechtert hat. Wie sich die Lage weiterentwickelt, hängt stark davon ab, wie die Pandemie künftig verläuft und welche Lockerungsstrategien die einzelnen Abnehmerländer verfolgen. Damit wiederum haben viele deutsche Unternehmen ihr Schicksal nicht mehr selbst in der Hand.

Aus IW-Trends 3/2020
Hubertus Bardt, Sonja Beer: Das Marktumfeld der deutschen Exportwirtschaft im Schatten der Corona-Pandemie
iwkoeln.de/corona-außenhandel

Exportgeschäft: Langzeitschäden drohen

So viel Prozent der deutschen Exporte aus dem Jahr 2019 gingen in Länder mit dieser prognostizierten Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2020



Prognose: auf Basis der Daten des Internationalen Währungsfonds von April 2020

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Mehr Wachstumspaket als Soforthilfe

Europäische Union. *Die EU-Kommission will einen Fonds in Höhe von 750 Milliarden Euro zur Bekämpfung der Corona-Krise aufsetzen. Dem vorgeschlagenen Verteilungsschlüssel zufolge profitieren vor allem osteuropäische Länder – sie würden nach Berechnungen des IW mehr Transfers erhalten, als sie durch den Einbruch des BIP im Jahr 2020 voraussichtlich verlieren.*

Eine gemeinsame Antwort auf die Corona-Krise finden – darauf konnten sich die EU-Staats- und Regierungschefs in der Diskussion über ein Wiederaufbauprogramm für Europa bislang einigen. Ansonsten gibt es wie immer Streit: Wie viel Geld soll in das Hilfspaket? Wie wird es ausgezahlt? Und wer bekommt wie viel?

Auf dem Verhandlungstisch liegt nach dem Vorschlag der Kommission die Rekordsumme von 750 Milliarden Euro – wovon bis zu 500 Milliarden Euro als Zuschüsse und 250 Milliarden als Darlehen an die Mitgliedsstaaten fließen sollen (Grafik). Damit würde die Behörde erstmals in ihrer Geschichte Schulden im großen Stil aufnehmen, die über gemeinsame EU-Haushalte in den kommenden Jahrzehnten getilgt werden müssten. Für einige Mitgliedsstaaten – allen voran Österreich, Schweden, Dänemark und die Niederlande, mittlerweile auch bekannt als die sparsamen Vier – sind nicht rückzahlbare Zuschüsse in dieser Höhe allerdings ein rotes Tuch. Kredite haben den Vorteil, dass die Kreditnehmer der Kommission das Geld zurückzahlen müssen und diese damit ihre Schulden für den Hilfstopf begleichen kann.

Deutschland, Frankreich und die südeuropäischen Staaten pochen jedoch auf den hohen Anteil an Zuschüssen, da Länder wie Italien und Spanien bereits auf einem hohen Schuldenberg sitzen.

Welche Länder letztlich wie viele Corona-Hilfen bekommen sollen, wurde zwar noch nicht offiziell verkündet. Im Raum steht aber, dass bei der Verteilung vor allem das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und die Arbeitslosenquote als Maßstäbe herangezogen werden.

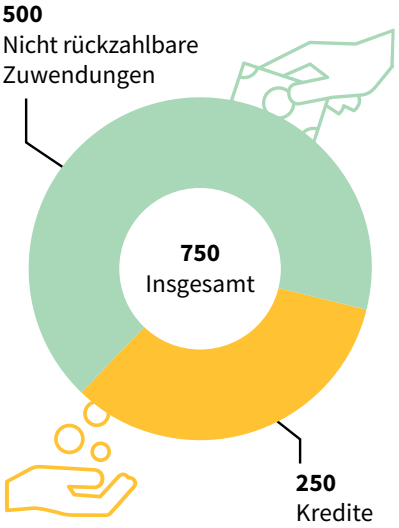
Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft würden dann vor allem die osteuropäischen Länder profitieren (Grafik Seite 11):

Setzt man die Zuwendungen aus Brüssel ins Verhältnis zur Wirtschaftsentwicklung seit dem Ausbruch der Krise, wäre Bulgarien größter Nutznießer des Corona-Hilfspakets.

Die bulgarische Wirtschaft dürfte in diesem Jahr zwar laut Prognose der EU-Kommission um 7 Prozent schrumpfen, durch einen EU-Zuschuss von 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gewinnt das Land letztlich aber 8 Prozentpunkte – umgerechnet rund 4,8 Milliarden Euro.

Das geplante Corona-Hilfspaket der EU

in Milliarden Euro



Zuwendungen: davon etwa 70 Milliarden Euro an Garantien; Stand: Juni 2020

Quelle: IW Consult
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Neben Bulgarien zählen Kroatien, Polen, Rumänien und Lettland zu den größten Profiteuren des Corona-Hilfspakets.

Irland, Frankreich, Belgien, die Niederlande und Deutschland würden zwar ebenfalls Milliardensummen aus dem Hilfsfonds erhalten, doch gemessen an ihrer höheren Wirtschaftskraft und dem angenommenen BIP-Rückgang in diesem Jahr fallen die Hilfen unterm Strich nicht so stark ins Gewicht.

Lettland und die Niederlande zum Beispiel wurden von der Corona-Krise ähnlich stark getroffen; während die Niederlande aber EU-Zuschüsse von knapp 1 Prozent der Wirtschaftsleistung erhalten sollen, bekäme Lettland mehr als 9 Prozent.

Auch Deutschland erhielte knapp 29 Milliarden Euro in Form von Transfers, hätte aber bei einem von der EU-Kommission prognostizierten realen BIP-Rückgang in Höhe von 6,5 Prozent wirtschaftliche Verluste von preisbereinigt 223 Milliarden Euro zu verkraften.

Doch auch wenn die Bundesrepublik auf den ersten Blick nicht zu den Abräumern des Hilfspakets gehört, hat sie ein starkes Interesse daran, dass andere EU-Länder wirtschaftlich nicht über die Klinge springen. Deutsche Exportunternehmen brauchen einen starken EU-Binnenmarkt – mehr als die Hälfte der deutschen Warenexporte geht in die 27 Mitgliedsstaaten der EU. Und dieser ist massiv unter Druck, so wie der deutsche Außenhandel insgesamt: Das Institut der deutschen Wirtschaft rechnet damit, dass die deutschen Exporte durch die Krise allein im Jahr 2020 um ein Viertel einbrechen.

Um einen raschen konjunkturellen Impuls für besonders krisengebeutelte Länder handelt es sich bei dem vorgeschlagenen Fördertopf allerdings nicht: Der bisherige Plan sieht vor, dass ein Großteil des Geldes erst ab 2023 ausgeschüttet wird. Die EU-Kommission nutzt vielmehr die Gunst der Stunde, den ohnehin schwächeren Mitgliedsstaaten in schwierigen Zeiten auf die Beine zu helfen und langfristige internationale Wachstumsimpulse ganz im Sinne des Green Deals und des digitalen Wandels zu geben.

Dafür müssten sich die EU-Mitgliedsstaaten bis Ende des Jahres allerdings einigen. Erste Gespräche finden bereits statt, für Mitte Juli ist ein persönliches Treffen der Staats- und Regierungschefs geplant. Eine Schlüsselrolle bei den Verhandlungen wird die Bundesregierung einnehmen, da Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft zum 1. Juli übernommen hat.

IW-Kurzbericht 71/2020
Matthias Diermeier, Florian Güldner, Markos Jung: Next Generation Solidarity – EU-Wachstumspaket statt Konjunkturhilfen
iwkoeln.de/eu-coronahilfen

Wer von der EU-Corona-Hilfe profitiert

in Prozent des Bruttoinlandsprodukts 2019

	Geschätzter Rückgang des BIP 2020	Geplante Transferzahlungen im Rahmen des EU-Wiederaufbaufonds	Saldo
Bulgarien	–7,2	15,2	8,0
Kroatien	–9,1	13,7	4,6
Polen	–4,3	7,2	2,9
Rumänien	–6,0	8,8	2,8
Lettland	–7,0	9,5	2,5
Deutschland	–6,5	0,8	–5,7
Niederlande	–6,8	0,8	–6,0
Belgien	–7,2	1,2	–6,0
Frankeich	–8,2	1,6	–6,6
Irland	–7,9	0,6	–7,3

Geplante Transferzahlungen: nach dem Vorschlag der EU-Kommission, Stand Juni 2020

Quellen: Eurostat, EU-Kommission, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Wirtschaft auf Talfahrt

Russland. *Hohe Infektionszahlen, sinkende Ölpreise und ein starker Einbruch der Industrieproduktion – die Corona-Pandemie hat die russische Wirtschaft schwer getroffen. Dabei hatte sich das Land durch strikte Sparmaßnahmen gerade erst halbwegs stabilisiert.*

Nach mehr als zwei Monaten massiver Einschränkungen des öffentlichen Lebens ist auch Russland Anfang Juni zur Normalität zurückgekehrt. Allerdings ist das Land noch immer ein Zentrum der Corona-Pandemie: Mitte Juli gab es offiziell etwa 730.000 Infizierte und mehr als 11.000 Todesfälle. Nur die USA, Brasilien und Indien stehen bei den Infektionszahlen noch schlechter da. An anderer Stelle droht eine ebenso schwerwiegende Krise, denn auch die russische Wirtschaft hat durch den Lockdown stark gelitten:

Im Vergleich zum Vorjahresmonat brach die russische Industrieproduktion im Mai 2020 um 9,6 Prozent ein.

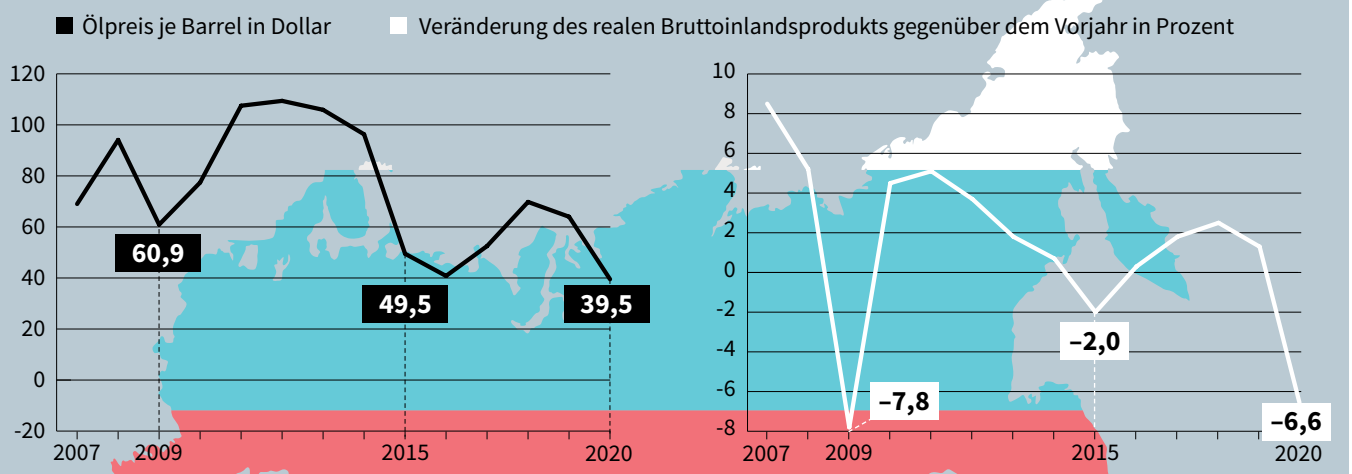
Die Pandemie trifft die russische Wirtschaft in einer ohnehin schwierigen Zeit. Seit der russischen Annexion der Krim 2014 und den folgenden Sanktionen der EU und USA ist das jährliche Wirtschaftswachstum – mit Ausnahme von 2018 – unter 2 Prozent geblieben. Diese Entwicklung ist zum Teil hausgemacht, denn Russlands Staatshaushalt wird seit jeher aus dem Erdöl- und Erdgasgeschäft gespeist. Fällt also der Ölpreis, schwächelt die Konjunktur. Und genau das passiert derzeit – wie schon in der Finanzkrise von 2008/2009 und der Ukraine-Krise ab 2014 (Grafik):

Nach neuesten IWF-Prognosen wird das russische Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2020 um voraussichtlich 6,6 Prozent schrumpfen.

Hinzu kommt, dass der russische Außenhandel noch immer von Wirtschaftssanktionen betroffen ist. Erst Mitte Juni kündigten die EU-Staats- und Regierungschefs an, die Sanktionen wegen der festgefahrenen Situation in der Ukraine zu verlängern. Auch die Handelsbeziehungen zwischen Russland und Deutschland sind seit 2014 ins Stocken geraten. Allein bis 2015 verringerte sich das Handelsvolumen von 70 auf 46 Milliarden Dollar – und es hat sich mit 53 Milliarden Dollar im Jahr 2019 nur leicht erholt. Dennoch ist die Bundesrepublik einer der bedeutendsten Handelspartner Russlands – im vergangenen Jahr war Deutschland das zweitwichtigste Lieferland und drittwichtigster

Russlands Konjunktur ist vom Ölpreis abhängig

Entwicklung des durchschnittlichen jährlichen OPEC-Rohölpreises und Bruttoinlandsprodukts



OPEC: Organisation erdölexportierender Länder; Ölpreis 2020: Durchschnitt Januar bis Mai; Bruttoinlandsprodukt 2020: Prognose

Quellen: Internationaler Währungsfonds, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Abnehmer russischer Produkte. Russland kauft in Deutschland vor allem Maschinen sowie Autos und Autoteile ein, Deutschland importiert aus Russland in erster Linie natürliche Ressourcen wie Erdöl, Erdgas und Kohle (Grafik):

Russland exportierte 2018 mineralische Brennstoffe im Wert von 16 Milliarden Dollar nach Deutschland – dies entsprach 47 Prozent aller russischen Exporte in die Bundesrepublik.

Das Geschäft mit dem Öl ist für beide Seiten wichtig – rund 33 Prozent aller deutschen Rohölimporte kamen 2018 aus Russland. Der Anteil russischer Kohle am gesamten Kohleimport Deutschlands stieg trotz der Sanktionen zwischen 2013 und 2018 sogar um 12 Prozentpunkte auf 36 Prozent.

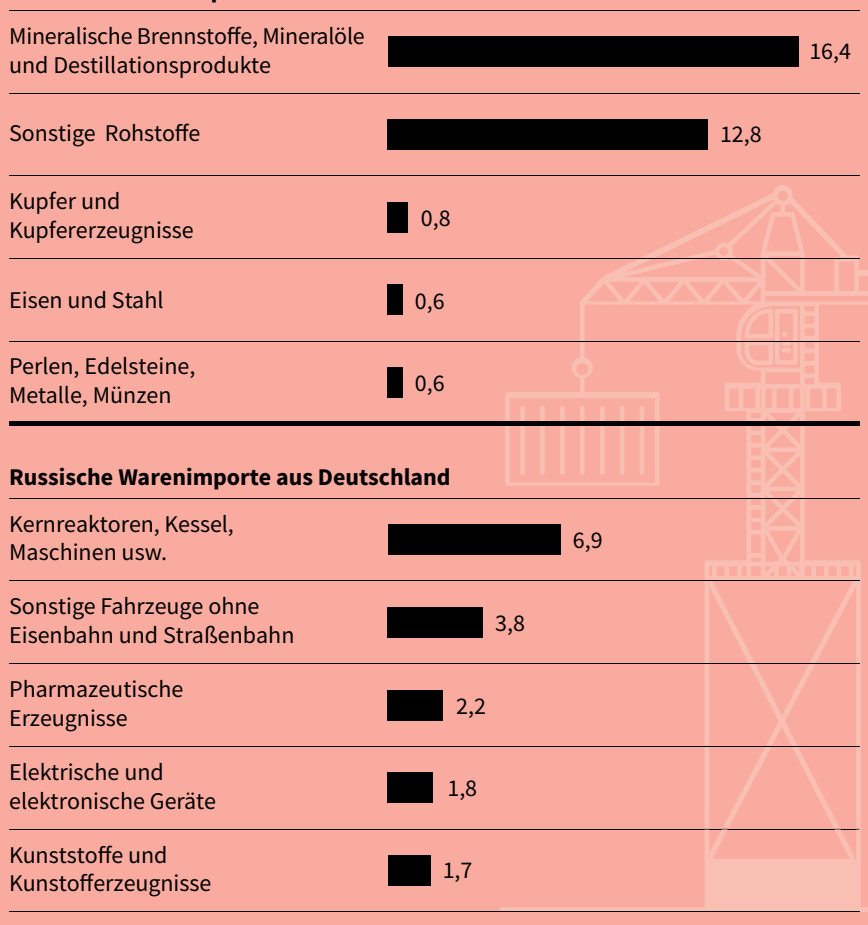
Nun drohen dem flächenmäßig größten Land der Erde neben der Corona-Pandemie und den fallenden Ölpreisen noch weitere Schockmomente: Schwellenländer sind in Krisen oft zusätzlich von einer hohen Verschuldung, einer rasch zunehmenden Kapitalflucht und einer Abwertung der Landeswährung betroffen. Letzteres ist bereits der Fall: Mussten Anfang des Jahres nur rund 70 Rubel je Euro gezahlt werden, waren es Ende März rund 88 Rubel. Mitte Juni erholte sich der Wechselkurs zwar auf 78,8 Rubel – dies bedeutet jedoch immer noch einen Wertverlust von 11 Prozent seit Jahresbeginn. Die stark importabhängige russische Wirtschaft leidet unter dieser Abwertung, da sich Importe verteuern und die Auslandsschulden erhöhen.

Allerdings scheint es, als habe Russland aus der vorherigen Wirtschaftskrise gelernt: In den vergangenen Jahren versuchte das Land, mit strikten Sparmaßnahmen seine makroökonomische Situation zu stabilisieren und den Staatshaushalt zu stärken. Dazu führte die russische Regierung im Jahr 2016 eine neue Fiskalregel ein, nach der ein Teil der Öl- und Gaseinnahmen in einen nationalen Wohlfahrtsfonds fließt. Anfang April hatte der Fonds ein Volumen von rund 165 Milliarden Dollar – das entspricht mehr als 11 Prozent des BIP. Russland hat zudem seine Staatsverschuldung kontinuierlich abgebaut, von rund 56 Prozent des BIP im Jahr 2000 auf 14,6 Prozent im Jahr 2018. Dadurch wurde das Land weniger abhängig von internationalen Geldgebern.

Diese Maßnahmen haben die russische Wirtschaft widerstandsfähiger gemacht. Ob sie ausreichen, um die Krise abzufedern, bleibt jedoch abzuwarten. Das Land leidet noch immer unter schwerwiegenden strukturellen Problemen. Dazu gehören der schwache Industriesektor, die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit, die breite Beteiligung des Staates an der Wirtschaft sowie die weitverbreitete Korruption.

Außenhandel zwischen Russland und Deutschland

Die wichtigsten Handelsgüter im Jahr 2018 in Milliarden Dollar



Quelle: UN Comtrade
© 2020 IW Medien / iwd

IW-Report 32/2020
Sonja Beer: Russland – Wirtschaft und Handelsbeziehung unter Stress
iwkoeln.de/wirtschaft-russland

Der Wettlauf um den Impfstoff

Corona. *Seit Monaten forschen Wissenschaftler auf der ganzen Welt fieberhaft an einem wirksamen Mittel gegen das neuartige Coronavirus. Insbesondere deutsche Forscher haben offenbar die Nase vorn. Dies liegt auch an der regionalen Vernetzung zwischen Forschungsinstitutionen und Pharmaunternehmen.*

In der Corona-Krise ruhen große Hoffnungen darauf, dass bald ein Impfstoff gefunden wird. Die große Zahl an Menschen, die sich in kürzester Zeit mit dem Virus infiziert haben, verdeutlicht diese Dringlichkeit. Doch auch der Blick auf die Weltwirtschaft zeigt die Dramatik der Lage: Die weltweite Wirtschaftsleistung wird im Jahr 2020 voraussichtlich um 4 Prozent sinken, der Welthandel sogar um 9 Prozent.

Kein Wunder also, dass die Pandemie einen Forschungswettlauf der Superlative ausgelöst hat:

Allein zwischen Dezember 2019 und April 2020 wurden weltweit mehr als 15.000 Forschungsartikel zu Covid-19 veröffentlicht.

Die meisten Veröffentlichungen – rund 2.500 – stammen aus den USA. Deutschland landet mit gut 500 Forschungsbeiträgen zwar nur auf Rang fünf, punktet dafür aber bei der Qualität. Das zeigt der sogenannte Cite Score, dem die Zahl zitierter Beiträge aus einem Journal zugrunde liegt:

Die Bundesrepublik führt das Ranking zur Qualität der wissenschaftlichen Beiträge zum Coronavirus an – knapp vor den USA und Großbritannien.

Diese vorwiegend an staatlichen Hochschulen betriebene Grundlagenforschung ist Voraussetzung dafür, dass Unternehmen wirksame Medikamente und Impfstoffe entwickeln und auf den Markt bringen können. Wann tatsächlich ein Corona-Impfstoff zugelassen wird, ist aber ungewiss. Noch vor wenigen Jahren wurden für die Entwicklung eines Impfstoffs 15 bis 20 Jahre veranschlagt. Eine staatliche Förderung kann den Prozess zwar beschleunigen, doch nach wie vor muss – neben der Wirksamkeit – auch die Sicherheit eines Wirkstoffs in klinischen Studien bestätigt werden.

An dieser Stelle kommen die Pharmaunternehmen ins Spiel. Denn anders als die Grundlagenforschung ist die Finanzierung klinischer Studien durch Steuermittel kaum möglich – Unternehmen können die benötigten Investitionen dagegen aus ihrem Gewinn stemmen.

Diese für beide Seiten profitable Arbeitsteilung hat in Deutschland eine lange Tradition. Zahlreiche Pharmaunternehmen haben sich in den vergangenen Jahren oft dort angesiedelt, wo sie renommierte Forschungseinrichtungen in der Nähe haben. Das sorgt für Übertragungseffekte und erleichtert die Zusammenarbeit. Auch in der Corona-Forschung entstehen vor allem dort Unternehmensprojekte, wo sich bereits Forschungseinrichtungen und Pharmaunternehmen tummeln (Grafik):

Forschungshochburgen zu Covid-19 gibt es vor allem im Rheinland, im Rhein-Main-Gebiet sowie in Tübingen, Berlin und München.

Spitzenreiter in der Corona-Forschung ist München, wo derzeit allein acht Forschungsprojekte von Biotechunternehmen laufen. Auch an den Grundlagen wird dort emsig geforscht: Die Ludwig-Maximilians-Universität München hat deutschlandweit bislang die meisten wissenschaftlichen Beiträge zum Coronavirus veröffentlicht.

Im Rennen um einen Corona-Impfstoff sind auch sechs Unterneh-

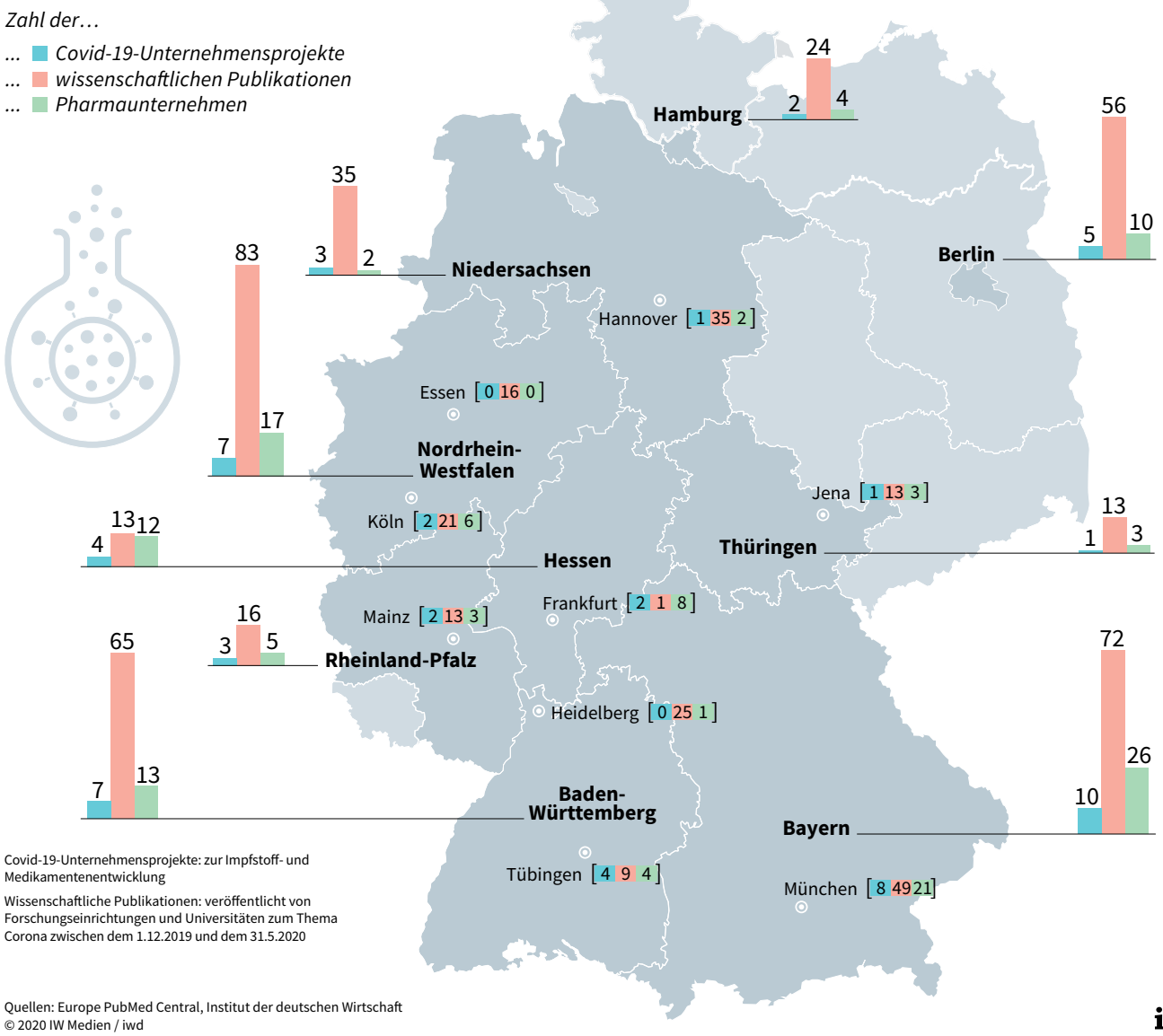
men aus Nordrhein-Westfalen. Die Pharmahochburg NRW hat eine hohe Expertise – sowohl in der Produktion als auch in der Forschung. Insgesamt elf Unis forschen an Rhein und Ruhr zu Corona und haben zusammen 83 wissenschaftliche Publikationen veröffentlicht.

Das wahrscheinlich vielversprechendste Unternehmen ist in Rheinland-Pfalz beheimatet. Die Firma Biontech aus Mainz befindet sich bereits in der Phase der klinischen Tests für einen Corona-Impfstoff und kooperiert mit dem US-Pharmariesen Pfizer.

Und der deutsche Staat beteiligt sich seit Mitte Juni an dem aussichtsreichen Corona-Impfstoff-Entwickler Curevac aus Tübingen. In der schwäbischen Universitätsstadt laufen derzeit vier Unternehmensprojekte.

IW-Report 17/2020
Jasmina Kirchhoff, Armin Mertens, Marc Scheufen: Der Corona-Innovationswettlauf in der Wissenschaft – Eine Analyse der wissenschaftlichen Publikationen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und die Bedeutung für den Pharma-Standort Deutschland
iwkoeln.de/corona-forschung

Corona-Forschung in Deutschland



Covid-19-Unternehmensprojekte: zur Impfstoff- und Medikamentenentwicklung

Wissenschaftliche Publikationen: veröffentlicht von Forschungseinrichtungen und Universitäten zum Thema Corona zwischen dem 1.12.2019 und dem 31.5.2020

Quellen: Europe PubMed Central, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Impressum

klimaneutral Druckerzeugnis natureOffice.com | DE-077-661530

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland · **Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Blankenberg, Carsten Ruge, Alexander Weber · **Redaktionsassistenz:** Anja Hüpper · **Grafik:** IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Therese Hartmann, Telefon: 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de.

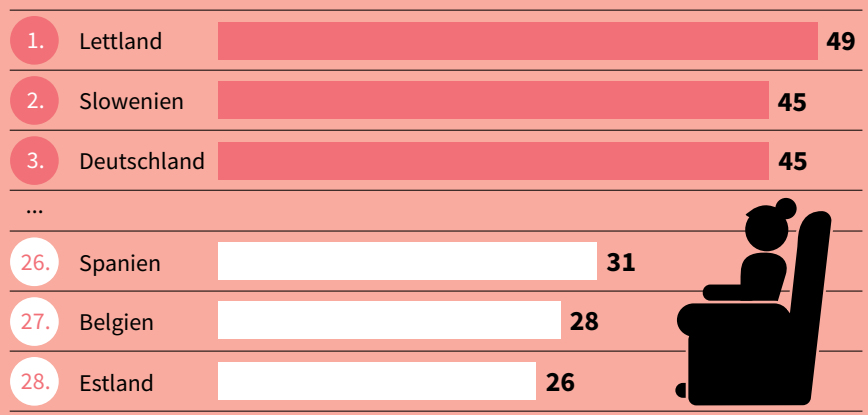
IW INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Top-Liste: Allein, allein

In Europa leben vier von zehn Frauen, die älter als 65 Jahre alt sind, allein. In den einzelnen Mitgliedsstaaten weicht die Alleinlebendenquote allerdings fast immer von diesem Durchschnittswert ab: In Lettland, Slowenien, Deutschland, Finnland und Tschechien beispielsweise wohnen zwischen 49 und 44 Prozent der älteren Frauen allein in einem Haushalt. In Portugal, Zypern, Spanien, Belgien und Estland gilt dies für weniger als ein Drittel der Frauen dieser Altersklasse. In allen EU-Ländern leben übrigens Männer jenseits der 65 deutlich seltener allein als Frauen in diesem Alter, was vor allem auf die höhere Lebenserwartung von Frauen zurückzuführen sein dürfte. Das gilt auch für Irland, in dem EU-weit mit 27 Prozent die meisten 65-plus-Männer solo leben: Irinnen in diesem Alter toppen die Herrenquote um 10 Prozentpunkte.

Seniorinnen: Oft allein daheim

In der EU lebten im Jahr 2019 so viel Prozent der Frauen, die 65 Jahre oder älter waren und in einem Privathaushalt wohnten, allein



Quelle: Eurostat
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Zahl der Woche

244.000
Studenten

lernten 2019 in Deutschland an einer der 106 privaten Hochschulen, hat der Stifterverband in einer neuen Studie festgestellt. Damit studierten 8,5 Prozent aller Studenten an einer staatlich anerkannten Privathochschule. Die Zahl der Privathochschüler hat sich innerhalb von neun Jahren mehr als verdoppelt: Im Jahr 2010 waren erst 95.000 Studenten an einer privaten Institution immatrikuliert, ihr Anteil an allen Studenten machte damals 4,7 Prozent aus.

Neu auf iwd.de:

Mehrwertsteuersenkung verärgert Firmen

Vom 1. Juli bis zum 31. Dezember werden die Mehrwertsteuersätze gesenkt. Die Hoffnung der Bundesregierung, diese Maßnahme werde den Konsum ankurbeln, ist durchaus realistisch. Doch für viele Firmen führt die Steuersenkung zu erheblichen Problemen. Welche das sind und wie der Staat nachbessern sollte, lesen Sie auf iwd.de.